

| | |
|--------------------------------|------------|
| Ausschuss für Stadtentwicklung | 04.10.2016 |
|--------------------------------|------------|

öffentlich

| | |
|-------------|------------|
| Vorlage Nr. | 741/2016-9 |
|-------------|------------|

| | |
|-------|------------|
| Stand | 01.09.2016 |
|-------|------------|

Betreff Verkehrsverhältnisse in Rösberg, Siebengebirgsstraße

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die derzeitige Verkehrsfunktion als Wirtschaftsweg beizubehalten.

Sachverhalt

Auf die Vorlage-Nr. 269/2016-9 wird Bezug genommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung hat dazu in seiner Sitzung am 29.06.2016 den Bürgermeister beauftragt, für den Wirtschaftsweg zwischen Siebengebirgsstraße und Schumannstraße zu prüfen, wie die Durchfahrt für die Anwohner der Siebengebirgsstraße gestattet werden kann.

Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Im straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahren am 10.08.2016 wurde die Angelegenheit unter Beteiligung der Polizei und der Tiefbauverwaltung als zuständigem Straßenbaulastträger erörtert.

Dabei bestand bei den Behördenvertretern Einvernehmen, dass es sich bei dem Verbindungsweg zwischen Siebengebirgsstraße und Schumannstraße um einen Wirtschaftsweg handelt. Aufgrund der geringen Fahrbahnbreite, die keinen geordneten Begegnungsverkehr zulässt, wurde keine Möglichkeit gesehen, den Prüfauftrag mit bloßen straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen umzusetzen.

Auch eine Einbahnregelung (Fahrtrichtung bergab) oder die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die Anwohner der Siebengebirgsstraße während extremer winterlicher Straßenverhältnisse, die als alternative Lösungsansätze diskutiert wurden, führten zu keinem anderen Ergebnis. Selbst diese beiden Varianten setzen zumindest Begegnungsflächen für die Abwicklung des berechtigten Gegenverkehrs (Radfahrer, Fußgänger Landwirtschaft, Lieferverkehr) voraus, die derzeit in der Örtlichkeit nicht vorhanden sind.

Eine Veränderung der Verkehrssituation würde Baumaßnahmen erfordern, wäre in das Straßenausbauprogramm aufzunehmen und die Finanzierung durch Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel sicherzustellen.

Finanzielle Auswirkungen dieser Vorlage:

keine